

RUNDBRIEF Nr. 108

Dezember 2000

INHALT

Einleitung

Die Beschäftigungsentwicklung bei den Vereinten Nationen im Jahre 1998

"Gibt es eine deutsche Personalpolitik im VN-System?"

Berichte aus den Arbeitskreisen:

AK Berlin - Viertes Forum des Auswärtigen Amtes

AK New York - Besuch aus dem AA und vom BFIO

Reflexionen zum Multilateralismus v. K.Th. Paschke

Beurlaubt und vergessen ...

Aus der Presse:

Berlin will die "deutsche Delle" ausbügeln

Mitgliedsbeiträge

Einleitung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem vorliegenden Rundbrief möchten wir vom Genfer Team den Mitgliedern und Nichtmitgliedern des VDBIO noch ein Weihnachtsgeschenk machen, indem wir ausnahmsweise den ganzen Rundbrief auf die Webseite setzen. Dies ist die einzige Möglichkeit ihn noch vor Weihnachten zu publizieren. Der Rundbrief wird dann im Neuen Jahr in der üblichen gedruckten Form verschickt.

Sie finden in diesem Rundbrief den bereits angekündigten Beitrag über die deutsche Personalentwicklung in den VN von Herrn Finger, der nach einem gewissen Aufwärtstrend im Jahr 1997 einen leichten Rückgang für 1998 aufzeigt. Diese Stagnation belegt, daß noch viel Raum für eine Verstärkung der deutschen Personalpolitik im Hinblick auf die Vereinten Nationen bleibt. Unsere intensiven Kontakte mit dem Kanzleramt und dem Aussenamt in diesem Jahr haben sicher dazu beigetragen, dass jetzt eine im AA hochrangig angesiedelte Koordinierungsstelle für deutsches Personal geschaffen wurde. Es bleibt zu hoffen, daß diese Stabsstelle zur besseren Koordination der VN-Politik (siehe mein Beitrag über die Podiumsdiskussion der deutschen UNESCO-Kommission in Berlin) neuen Schwung in die deutsche Personalpolitik hineinbringen und daß auch diejenigen, die es geschafft haben, in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen zu arbeiten, zu Hause nicht vergessen bzw. benachteiligt werden. Auch zu diesem Thema finden Sie einen Beitrag im Rundbrief: "Beurlaubt und vergessen".

Ich möchte Sie auch auf den interessanten Vortrag von Herrn Paschke auf der Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia hinweisen, den wir in diesem Rundbrief abdrucken.

25 Jahre VDBIO - Ein Jubiläum kündigt sich an

Der VDBIO wurde im Jahre 1976 in Genf gegründet. Sein 25 jähriges Bestehen möchten wir zum Anlass nehmen, im Herbst dieses Jahres eine Jubiläumsveranstaltung in Berlin abzuhalten. Der Vorstand wird versuchen, ein attraktives Programm zusammenzustellen. Die Ordentliche Mitgliederversammlung findet wie gewohnt in Genf statt, und zwar am Montag, den 14. Mai 2001.

Ursprünglich war daran gedacht worden, beide Veranstaltungen miteinander zu verbinden und in Berlin durchzuführen. Auf Grund der bisher fehlenden Resonanz auf den ursprünglichen Vorschlag, wie er bereits in der elektronischen Form des Rundbriefes Nr. 108 auf unserer homepage angekündigt worden war und der relativ kurzen verbleibenden Zeit bis zum 14. Mai, hat der Vorstand auf seiner Sitzung am 9. 1. 2001 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Wir möchten daher unsere Mitglieder, insbesondere die in Deutschland und in Genf ansässigen, schon jetzt bitten, uns sobald wie möglich mitzuteilen, ob sie Interesse haben, auch an der Veranstaltung in Berlin teilzunehmen. Bei einer entsprechend grossen Anzahl aus Genf wird es sicherlich möglich sein, einen interessanten Sondertarif mit der Lufthansa auszuhandeln.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein erfolgreiches Neues Jahr und hoffe auf eine lebendige Verbandsarbeit im Jahr 2001!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Klaus Haftendorn, Vorsitzender

Die Beschäftigungsentwicklung bei den Vereinten Nationen im Jahre 1998

Die letzten verfügbaren Zahlen für die VN-Beschäftigung beziehen sich auf das Jahresende 1998. Nach dem vom ACC veröffentlichten Zahlenmaterial ist die Zahl der VN-Bediensteten gegenüber dem Vorjahr um 1% auf 56 601 Personen gesunken. Da die Zahl der deutschen "professionals" sich im selben Umfang wie die der "professionals" im gesamten VN-System zurückbildete, verharrte deren Anteil unverändert auf knapp 4%. Damit wird der Anteil von 1990 noch immer unterschritten.

Der Rückgang der VN-Beschäftigten betraf 1998 vor allem die "professionals", während sich die Zahl der Bediensteten der "general service"-Kategorie nur marginal veränderte. Bei den "professionals" konzentriert sich der Rückgang auf die männlichen Bediensteten (-3.5 %). Die Anzahl der weiblichen Bediensteten blieb dagegen fast unverändert. Damit hat sich der Trend eines stetig ansteigenden Frauenanteils an der VN-Beschäftigung fortgesetzt. Der Anteil der Frauen betrug Ende 1998 31.6% nach 22.7% im Jahre 1990.

Betrachtet man die Verteilung der "professionals" nach Dienstortkategorien, so lässt sich eine Stagnation der Beschäftigung an den Hauptsitzen und ein Rückgang in den Regionalbüros und im Feld feststellen. Die letztjährige Entwicklung liegt nicht in der Tendenz der 90er Jahre,

in denen eine starke Zunahme in den Regionalbüros und eine Abnahme in den Hauptsitzen und im Feld zu beobachten war.

Die geographische Verteilung aller VN-Bediensteten zeigt für 1998 die stärksten Veränderungen in Afrika, wo einem fast 10%igen Rückgang in Aethiopien eine entsprechende Zunahme in Kenia gegenübersteht. In der Schweiz und in den USA, den Ländern, die zusammen 30% der VN-Bediensteten beherbergen, ergaben sich nur marginale Veränderungen. Im Zeitraum 1990 bis 1998 wurden die stärksten Rückgänge in Thailand, Chile (-21%), Indien (-16%) und in Italien (-15%) beobachtet. In Kenia wird dagegen ein Anstieg der Beschäftigtenzahl um die Hälfte berichtet. Bei den "professionals" ist eine stärkere Konzentration auf Dienstorte in den Industrieländern als in der Gesamtbeschäftigung festzustellen. In der Schweiz und den USA arbeiten allein fast 40% der "professionals", und zählt man Italien, Oesterreich, Frankreich und Kanada hinzu, so vereinen 6 Industrieländer 60% der "professionals". Genf und New York, die beiden wichtigsten Dienstorte, haben 1998 und in den letzten 8 Jahren an Bedeutung gewonnen.

Die Beschäftigungsentwicklung nach Organisationen zeigt auch 1998 wieder sehr starke Unterschiede auf: In vier Organisationen ist die Anzahl der "professionals" zwischen 5 und 14% gestiegen (WIPO, PAHO, WTO und UNESCO) und gleichzeitig in vier anderen zwischen 12 und 23% gesunken (UNOPS, UNDP, UNFPA und FAO). Die "Gewinner" unter den Organisationen in dem Zeitraum 1990-98 waren WIPO (+10.3%), UNHCR (+64%) und die WTO (+44%). Die "Verlierer" dagegen sind FAO (-50%), UNIDO (-49%), UNDP

(-35%) und WMO (-31%). Die Verluste der "Verlierer" sind zu relativieren, wenn diese in neugegründete Organisationen mündeten. So wurden 1998 im Vergleich zu 1990 mindestens vier neue Organisationen ausgewiesen (WFP, UNFPA, UNOPS und UNAIDS), die zusammen 6.5% oder fast 1200 "professionals" beschäftigten.

Die Zahl der deutschen VN-Beschäftigten betrug Ende 1998 insgesamt 862 Personen, darunter waren 702 "professionals". Der Anteil der deutschen "professionals" variiert stark zwischen den Organisationen. Überdurchschnittliche Anteile (5.5-6%) sind bei der ILO, FAO, UNIDO und IAEA, unterdurchschnittliche (weniger als 3%) dagegen bei ICAO, PAHO und UNESCO zu beobachten. Während bei der UNDP möglicherweise politische Wetterlagen eine Rolle gespielt haben, sind bei der WIPO zwei tragische Todesfälle hauptverantwortlich für den Rückgang.

Deutsche Beschäftigte in der P-Kategorie bei den Vereinten Nationen nach Organisation, 1990 und 1998

Deutsche "P"	Anzahl		Zu- od. Abnahme %		Anteile %	
	1990	1998	90-98	97-98	1990	1998
Vereinte Nationen	358	351	- 6.7	- 3.8	3.8	3.4
VN	177	180	- 1.7	2.3	3.6	3.6
UNDP u. UNOPS	82	53	-39.0	-24.3	5.2	4.3
UNDP	82	39	-52.4	31.6	5.2	3.8
UNOPS	..	14	..	7.7	..	6.3
UNICEF	26	22	-15.4	-15.4	2.2	1.6

UNHCR	26	44	53.8	2.3	3.5	3.6
UNESCO	47	41	-17.0	10.8	4.5	3.7
UNFPA	..	11	..	-15.4	..	3.8
Sonderorganisationen	381	320	-15.5	- 4.8	4.4	4.4
FAO u. WFP u. IFAD	128	111	-6.6	-11.2	4.6	5.5
FAO	122	78	-32.8	-10.3	4.6	5.8
WHO u. PAHO	41	46	9.8	4.5	2.2	2.7
WHO	41	45	7.3	4.7	2.7	3.2
ILO u. ICAT	82	58	-29.3	-6.5	6.0	5.6
ILO	82	57	-29.3	-6.6	6.2	5.9
IAEA	48	50	-2.1	0.0	6.9	5.8
UNIDO	45	19	-51.1	0.0	6.8	5.7
ICAO	6	10	33.3	11.1	1.3	2.7
ITU	17	12	-35.3	9.1	4.5	4.2
WIPO	9	9	11.1	-18.2	7.6	3.8
WMO	5	6	0.0	0.0	2.7	4.8
INSGESAMT*	758	702	-9.2	- 4.0	4.1	3.95

* (schliesst neben VN und Sonderorganisationen auch noch einige kleinere Sonderorganisationen ein, die hier nicht genannt sind.)

Keine Angaben für GATT/WTO.

Michael Finger, Vorstandsmitglied

"Gibt es eine deutsche Personalpolitik im VN-System ?"

Unter diesem Titel fand am 4. Dezember 2000 eine Podiums- und Plenumsdiskussion in Berlin statt. Organisiert wurde diese Veranstaltung von der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN). Das Impulsreferat hielt Prof. Dr. Klaus Hufner, Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission, das wir mit seiner freundlichen Genehmigung auf die VDBIO Internetseite genommen haben.

Die Diskussionsteilnehmer auf dem Podium waren Herr Dr. Brecht, MdB und Vorsitzender des Unterausschusses Vereinte Nationen, Herr Schulz, Leiter des BFIO, Herr Dr. Hoffmann, AA, neu ernannter Koordinator für Personal in internationalen Organisationen im Range eines Botschafters und ich als Vorsitzender des VDBIO. Die Moderation lag bei Herrn Prof.Dr. Dicke, Vorsitzender der DGVN.

In Vorbereitung auf diese Veranstaltung hatte ich unsere Arbeitskreissprecher gebeten, zu diesem Thema eine Stellungnahme zu geben und positive sowie negative Beispiele im Hinblick auf Unterstützung von Kandidaturen durch deutsche Stellen zu nennen. Allen

Arbeitskreissprechern einen herzlichen Dank für die Informationen, die ich in die Diskussion einfließen lassen konnte.

In dem Impulsreferat beschrieb Herr Prof. Hüfner noch einmal die uns allesamt gut bekannte Personalsituation der Deutschen in den Organisationen und die ebenso bekannten Gründe hierfür.

Herr Dr. Hoffmann hatte dann als erster Gelegenheit hierzu Stellung zu nehmen. Er erklärte, dass die Problematik schon seit langem bekannt sei und dass die Bundesregierung frühere Anstrengungen in Zukunft verstärken wolle, u.a. durch die Schaffung dieser hochrangig angesiedelten Stabsstelle (Koordinator für Personal in internationalen Organisationen), deren Leiter er sein wird. Aus seinen Ausführungen wurde allerdings ersichtlich, dass die Förderungsmassnahmen wohl hauptsächlich deutsche Beamte betreffen werden. Herr Dr. Brecht war der Meinung, dass dieses Personalproblem in der Verantwortung der Exekutive liege und er deshalb froh sei, dass Herr Dr. Hoffmann an diesem Abend "auf dem heissen Stuhl sitze".

Die anderen Diskussionsteilnehmer unterstrichen aber auch die Verantwortung des Gesetzgebers in dieser Frage und bewerteten seinen Stuhl als mindestens ebenso heiss. Herr Schulz informierte über die Aktivitäten des BFIO und das grosse Interesse von Hochschulabsolventen, bei den VN tätig zu werden. Allerdings hätten einer Untersuchung zufolge Deutsche ziemlich begrenzte Aufstiegschancen innerhalb des Systems. So liege das Durchschnittsalter von Deutschen in der P2 Kategorie bei 40 Jahren, was dazu führe, dass die Deutschen die höchste Ausscheiderquote in dieser Kategorie hätten.

Mein Diskussionbeitrag war hauptsächlich eine Antwort auf Herrn Dr. Hoffmanns Ausführungen mit dem Hinweis, dass nur ca. 10% der Bediensteten deutsche Beamte sind und dass eine Förderung systematisch alle Deutschen in den VN erfassen muss. Ich habe Dr. Hoffmann eine enge Zusammenarbeit mit dem VDBIO angeboten, damit wir in der Lage sind, frühzeitig Perspektiven zu erkennen und entsprechende Kandidaten innerhalb der Organisationen zu identifizieren. Diese Konsultation ist umso wichtiger, um konkurrierende Bewerbungen von deutscher Seite zu vermeiden.

Die anschliessende Plenumsdiskussion an der unter anderem Herr Kulesa, AK-Sprecher Bonn, Herr Höynk, ehemaliger Generaldirektor der OSZE und anschliessend deutscher Vertreter bei den VN in Genf sowie Herr Bonte-Friedheim, ehemaliger ADG bei der FAO, teilnahmen, brachte deutlich zum Ausdruck, das bisher von einer deutschen Personalpolitik im VN System nicht viel zu spüren war.

Klaus Haftendorn, Vorsitzender

Berichte aus den Arbeitskreisen

Arbeitskreis Berlin:

Viertes Forum des Auswärtigen Amtes

Zusammen mit Herrn Willmann nahm ich am 4. Forum des Auswärtigen Amtes teil, das am 24. und 25. Oktober 2000 in Berlin stattfand. Das Thema der Veranstaltung lautete:

"Die UNO stärken - neue Impulse nach dem Millenniums-Gipfel". Fast alle Mitarbeiter des Referates VN-13 waren anwesend, sowie die Bundestagsabgeordnete Brigitte Adler und Dr. Eberhard Brecht. Von Herrn Gerdts (Stellv. Leiter des Referates VN-13) wurde ich informiert, dass eine erste Massnahme, die als Antwort auf die Bemühungen des VDBIO zu einer verbesserten Personalpolitik zu verstehen ist, in den nächsten zwei Wochen alle personalpolitischen Aktivitäten im AA unter dem Referat VN-13 zusammengefasst werden.

Diese Massnahme ist positiv zu bewerten und letztendlich nur die Vorstufe einer weiteren strafferen personalpolitischen Koordinierung. Dass dies jedoch keine leichte Aufgabe ist, wurde bei einem Gespräch mit dem zuständigen personalpolitischen Referenten im Bundeskanzleramt deutlich., der seinerseits auf das engstirnige Ressortdenken in den einzelnen Ministerien hinwies. Die Abgeordnete Brigitte Adler, die den Arbeitskreis VN leitet, will inden nächsten Wochen einen weiteren Versuch unternehmen, Staatssekretär Steinmeier als permanentes Mitglied zu gewinnen. Der AK Berlin soll in Zukunft ebenfalls gehört werden. Der Unterausschuss Globalisierung/Regionalisierung des Auswärtigen Ausschusses lud den AK Berlin ferner zu einer Anhörung über die deutsche Personalpräsenz in den Internationalen Organisationen und deren Bedeutung für die deutsche Aussenpolitik ein. Ich hatte den Eindruck, dass dieser Unterausschuss nach langen Jahren des Lamentierens auch seinerseits bereit ist, das leidige Thema der deutschen VN-Personalpolitik mit all ihren Facetten erneut auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Darüber hinaus führte ich weitere Gespräche mit den MdBs Homburger und Moosbauer, um sie davon zu überzeugen, dass die Möglichkeit einer freiwilligen Zahlung in die deutsche Arbeitslosenversicherung für alle deutschen VN-Bediensteten in Zukunft unverzichtbar ist, um die fehlende soziale Absicherung deutscher Bediensteter bei VN-Kurzzeitverträgen wenigstens teilweise auszugleichen.

Von Herrn Dr. Brecht war zuhören, dass nunmehr die japanische Regierung einen härteren personalpolitischen Kurs gegenüber den VN einschlagen will - nach dem Motto "*no taxation without representation*".

Martin Vogt, AK Berlin

Arbeitskreis New York:

Besuch aus dem Auswärtigen Amt und vom BFIO

Mitglieder des Arbeitskreises New York wurde vom Deutschen VN-Botschafter Dr. Kastrup zu einem Mittagessen zu Ehren von Matei Hoffmann eingeladen. Die Gäste waren Reinhard Helmke, Chef von UNOPS (office of procurement services), die Herren Lutz und Marquardt von der Deutschen Vertretung, die VDBIO-Kollegen Katharina Borchert (UNFPA), Joachim Huetter (DPKO) und Andrea Kienle, ehemalige Mitarbeiterin in der Vertretung und jetzt im VN-Personalwesen eingestellt, sowie ich selbst. Die Diskussion drehte sich u.a. um die neue Rolle der Koordinationsstelle im AA (Referat für internationale Organisationen), der Herr

Hoffmann vorstehen wird, und wie diese die Personalvermittlung an internationale Institutionen insgesamt stärken könnte. In puncto Neueinstellungen wie auch der Karriereförderung von bereits im VN-Dienst arbeitenden Deutschen ging es um die Bedeutung gezielter Interventionen in relevanten Einzelfällen (nicht nur bei Führungspositionen, sondern auch im Mittelbau von Schlüsselreferaten), und ganz allgemein darum, daß die beteiligten Parteien das Gefühl haben sollten, daß die Bundesregierung ein konkretes Interesse an diesen Fragen zeigt. Da die Mittel knapp sind, muß auch hier in Sachen Bewerbung und Vermittlung "*work smarter not harder*" praktiziert werden, aufbauend zum einen auf der Synergie von AA und Auslandsvertretungen, BFIO und VDBIO, und zum anderen auf der Nutzung des Internet.

Mit Gregor Schulz fand am 9. November ein für unsere Maßstäbe gut besuchtes Treffen (knapp 20 Teilnehmer) statt. Auch er sprach zuerst über Erstbewerbungen (das Thema "beigeordnete Sachverständige" hatte er vor einem anderen Kreis am gleichen Tag behandelt) und über die Bedeutung der neuen Koordinationsstelle im AA - vor allem in Bezug auf die Schaffung einer gemeinsamen Webseite mit dem BFIO und dem VDBIO, die sowohl allgemeine Information vermitteln soll als auch, für alle Einzelheiten, einen Verweis auf die entsprechenden Internet-Adressen enthält, wie etwa die "recruitment page" der VN (in der Personalabteilung der VN läuft hier gerade ein Pilotprojekt, welches alle job-relevanten Informationen bereitstellen und online-Bewerbungen ermöglichen wird.

Als weiteres Thema sprachen dann mehrere Teilnehmer die Frage der Unterstützung bei internen Bewerbungen und bei der Wiedereingliederung in Deutschland an. Zum ersten Thema meinte Gregor Schulz, die Rolle des BFIO könne sich hier nur auf die Information über Stellenangebote im System beschränken, während weitergehende Maßnahmen im Aufgabenbereich der Vertretung lägen. Daneben verwies er auf die zuständige Stelle in der BFA, die man direkt oder über das BFIO ansprechen könne.

Thomas Kamps, Sprecher AK New York

Der an dieser Stelle vorgesehene Beitrag von Herrn Willmann über die Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia wird leider erst in der gedruckten Version des Rundbriefes im Januar erscheinen. Im folgenden drucken wir aber bereits den Vortrag ab, den Herr Paschke an dieser Veranstaltung gehalten hat.

Reflexionen zum Multilateralismus

Vortrag bei einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung,

Cadenabbia, 31. Oktober 2000

Das Thema dieser Tagung sagt es bereits aus, und die Diskussionen der vergangenen Tage haben es deutlich gemacht: Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte (dazu noch weitere Imperative wie etwa die Abmilderung des Gefälles zwischen Arm und Reich oder Überwindung der Armut, Beherrschung der Globalisierungsfolgen, weltweiter Umweltschutz etc.) sind Auftrag an, Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft.

Für viele der Tagungsteilnehmer hier ist die internationale Staatengemeinschaft **Arbeitgeber**, denn sie sind in der einen oder anderen internationalen Organisation beschäftigt. Wir alle haben jedenfalls unsere Erfahrungen mit dem Phänomen des Multilateralismus gemacht.

Meine Erfahrungen sind vielleicht besonders prägnant, denn ich habe fünf Jahre lang im Sekretariat der Vereinten Nationen eine Querschnittsfunktion ausgeübt und deshalb sehr vielfältige Eindrücke gewinnen können. Jedenfalls hat mich das Thema **Multilateralismus** kontinuierlich beschäftigt, und ich würde gerne dazu ein paar Gedanken äussern.

Zunächst einmal will ich Sie mit historischen Exkursen verschonen und behaupte einfach, dass "**multilaterale Diplomatie**" als eine neue Form des Umgangs von Staaten miteinander erst nach dem 2. Weltkrieg durch die Gründung der **Vereinten Nationen** wirklich entstand. Gewiss gab es ad-hoc-Ansätze schon im 19. Jahrhundert (die Heilige Allianz gegen Napoleon, der Berliner Kongress von 1878) und einen, allerdings desaströsen institutionellen Versuch, im Völkerbund nach dem 1. Weltkrieg. Aber so richtig los ging es erst 1945 in San Francisco mit der Aushandlung der VN-Charta. Die Generalversammlung und der Sicherheitsrat begannen kurz danach zu tagen und tun dies seither, also schon 55 Jahre, regelmässig. Das kollektive Sicherheitssystem, das die Gründerstaaten in San Francisco errichten wollten, hat zwar weiss Gott nicht zufriedenstellend funktioniert, aber ich mag mir nicht vorstellen wie unsere Welt heute aussähe, wenn das VN-System so wie der Völkerbund bereits nach einigen Jahren zu Bruch gegangen wäre.

Die UNO als System multilateraler Diplomatie hat sich vielmehr in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kontinuierlich erweitert und wurde ergänzt durch die Bretton Woods-Institutionen, das GATT, später die WTO, und durch eine Vielzahl von regionalen Organisationen - offenbar weil sich die Erkenntnis weltweit durchzusetzen begann, dass es so etwas wie gemeinsame Probleme gibt, die sich nur gemeinsam lösen lassen - noch bevor der Begriff "Globalismus" geprägt wurde.

Ich will in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, dass in dem Zeitraum, von dem wir sprechen, der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, die Zahl souveräner Staaten auf der Erde von weniger als 70 auf 189 angestiegen ist. Es ist also folgerichtig, dass multilateraler Dialog immer mehr Bedeutung gegenüber der klassischen bilateralen Diplomatie gewann.

Multilateralismus hat seine eigenen **Prinzipien und Gesetze** entwickelt:

1. Mehr als zwei Staaten müssen beteiligt sein.
2. Diese müssen sich über ein Ziel einig sein, das sie gemeinsam erreichen und aus dem sie alle Nutzen ziehen wollen.
3. Ihre Bemühungen müssen nicht nur auf ein kurzfristiges ad-hoc-Ergebnis, sondern auf etwas längerfristiges ausgerichtet sein: einen Vertragsabschluss, ein Abkommen über dauernde Zusammenarbeit oder die Integration von Strukturen.
4. Die Beteiligten müssen auf der Basis zumindest **rechtlicher Gleichheit** miteinander umgehen.

Multilateralismus ist auch durch bestimmte Mechanismen gekennzeichnet:

1. Die Vereinbarung bestimmter Regeln der Kommunikation zwischen den Partnern.

2. Früher oder später die Schaffung einer gemeinsamen Infrastruktur, eines Sekretariats, eines Standorts, einer Administration.

3. Typisch für multilaterale Diplomatie ist auch, dass man sich er Verhandlungsmaterie dadurch nähert, dass man miteinander gemeinsame Sprache und Texte zu entwickeln sucht: Verträge, Abkommen, Vereinbarungen.

Und damit sind wir beim Kern des Multilateralismus.

Wir haben es zu tun mit einem fortwährenden Prozess des *Quid pro Quo*, des Gebens und Nehmens, denn das Ergebnis kann ja nur der **Konsens zwischen allen Beteiligten** sein. Das Vorverständnis zwischen den Partnern muss also die Bereitschaft zum **Kompromiss** sein, d.h. alle müssen letztendlich auch Lösungen akzeptieren, die weniger als die volle Durchsetzung der einzelnen nationalen Interessen darstellen. In der multilateralen Diplomatie kommt es - das will ich keineswegs verschweigen - immer mal wieder auch zu Formelkompromissen oder gar faluen Kompromissen, wenn bei der Konsenssuche fortbestehende Uneinigkeit in der Sache durch vage und mehrdeutige Sprache zugekleistert wird.

Jedenfalls ist Multilateralismus mühselig, sehr zeitraubend, oft frustierend, und manifestiert sich meist in vielen kleinen Einzelschritten, selten in dramatischen Durchbrüchen.

Das ist übrigens auch der Grund, warum multilaterale Organisationen häufig **Imageprobleme** in der internationalen Öffentlichkeit haben, warum etwa die UNO als "Schwatzbude", "Papierfabrik" oder "nutzlose, ineffektive Bürokratie" beschimpft wird: es dauert alles viel zu lange, und die Ergebnisse sind selten befriedigend. Muss das so sein?

Ich habe in meinen fünf Jahren im VN-Sekretariat, vor allem in meinen regelmässigen Auseinandersetzungen mit den Mitgliedstaaten im Fünften Ausschuss, begriffen, dass der multilaterale Prozess eine entscheidende Schwäche aufweist: die meisten Mitgliedstaaten verstehen ihn ausschliesslich als eine **intergouvernementale Übung**, d. h. sie messen ihren eigenen Erfolg oder Misserfolg nur daran, wie weit es ihnen gelingt, ihre jeweiligen nationalen Interessen durchzusetzen. Und damit **missverstehen** sie das Wesen dieser neuen Form von Diplomatie.

Im modernen Managementtraining wird häufig das sog. NASA-Spiel angewandt, um den Teilnehmern beizubringen, dass Gruppenlösungen **immer** besser sind als **Einzelergebnisse**. Leider ist mir keine ähnlich eindrucksvolle Demonstration bekannt, um die Überlegenheit des Multilateralismus gegenüber der bilateralen Problemlösung zu verdeutlichen.

Ich denke jedoch, es müsste jedem einleuchten:

Wenn wir Diplomatie nicht nur als eine zufällige Aufeinanderfolge von Einzelaktionen begreifen, sondern als langfristige Bemühung, die internationalen Beziehungen immer besser, immer stabiler, immer fruchtbarer zu machen, dann liegt es eigentlich auf der Hand, dass jeder kleine multilaterale Schritt in Richtung auf dieses Ziel wertvoller ist als die erfolgreiche Durchsetzung eines nationalen Anliegens.

Multilateralismus ist also ein Wert an sich. Und eine Regierung, die "**konstruktive multilaterale Zusammenarbeit**" als überwölbendes Ziel ihrer Aussenpolitik definiert und diesem Ziel ggf. auch die Durchsetzung bestimmter nationaler Ziele unterordnet, handelt in

Wahrheit **nicht gegen die Interessen** ihres eigenen Volkes, sondern nimmt diese in einer aufgeklärten Weise wahr. *"Aufgeklärter Multilateralismus" ist heute noch ein rares Gut.*

Die Entwicklung der **Europäischen Union** ist eigentlich das Paradebeispiel für das, was ich meine:

Integrationsfortschritte sind meist in mühevoller, unspektakulärer Weise erzielt worden, oft durch Entscheidungen, wegen derer die Mitgliedsregierungen zuhause heftig gescholten wurden. Und doch haben sich diese Entscheidungen im Nachhinein fast immer als vorteilhaft für jedes der teilnehmenden Länder erwiesen. Ich halte das Einigungserk Europas für eins der wenigen grossen Wunder des 20. Jahrhunderts und für **die multilaterale Erfolgsstory** par excellence; aber fragen Sie einmal den Durchschnittsbürger auf unserem Kontinent, was er von "Brüssel" hält!

Übrigens: die europäische Integration zeigt auch, dass Länder von durchaus unterschiedlicher Grösse und Gewicht in einem multilateralen Umfeld fruchtbar miteinander zusammenarbeiten können, wenn sie ihre **rechtliche Gleichheit** wechselseitig respektieren. Das bedeutet nicht den Verzicht auf gewisse Führungsrollen. Deutschland und Frankreich werfen ihr besonderes Gewicht häufig in die Waagschale, um Entscheidungsprozesse in der EU zu beeinflussen, aber sie tun es (meistens jedenfalls) mit der nötigen Zurückhaltung und Delikatesse - aus der simplen Erkenntnis heraus, dass bleibende Fortschritte nicht durch massive Druckausübung, sondern letztlich nur durch geduldige Überzeugungsarbeit gegenüber den kleineren Partnern möglich sind.

Ein Land auf dieser Erde hat erkennbar besondere Probleme mit dem Multilateralismus, die **Vereinigten Staaten von Amerika**. Ich habe nicht nur fünf Jahre als UNO-Bediensteter in Manhattan gelebt, sondern war davor schon dreimal in verschiedenen Jahrzehnten auf Posten in USA und kann dehalb für mich in Anspruch nehmen, das Land recht gut zu kennen.

Es gibt eine Fülle von Gründen, weshalb die USA in der internationalen Politik eine **Sonderstellung** einnehmen, nicht nur nach eigener Einschätzung, sondern auch in der Perzeption ihrer Partner. Allein die **Grösse, die Stärke und der Reichtum** de Landes weisen den USA eine Führungsrolle zu, auch in aussenpolitischen Fragen. Die einzige verbliebene Supermacht möchte immer am Lenkrad sitzen, nicht im Fond. (Diese Metapher stammt übrigens nicht von mir, sondern von Lee Hamilton, dem langjährigen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses.)

Die **geographische Situation** des Landes zwischen zwei Ozeanen, mit nur zwei Landgrenzen zu Nachbarn, die unter Machtaspekten keine Herausforderung darstellen, ist ein weiterer Grund für das natürliche Gefühl der Unabhängigkeit und Überlegenheit der US-Amerikaner.

Dazu kommt der riesige **Binnenmarkt**, also wenig Exportabhängigkeit.

Und schliesslich hat die **Entstehungsgeschichte** der Vereinigten Staaten, "God's own country" für die vielen Einwandererströme, dazu beigetragen das US-Aussenpolitik immer schon in erster Linie innenpolitischen Interessen diene.

Nur zur Illustrierung: der Grundsatz *"Völkerrecht bricht Landesrecht"* wird vom Kongress in Washington nicht akzeptiert.

Es kann also nicht verwundern, dass die Haltung der USA gegenüber dem Phänomen des Multilateralismus immer mindestens **zwiespältig** war. Washington fühlt sich nur wohl in solchen internationalen Organisationen, wo seine Führungsrolle akzeptiert und systemisch abgesichert ist, wie etwa in der NATO.

Die UNO hingegen hat einen schweren Stand in Washington, insbesondere auf dem Capitol Hill. Vorbei ist die Zeit des Enthusiasmus für die Charta von San Francisco. Nach der Phase des Kalten Kriegs, wo die UNO häufig kein gestaltender **Mitspieler**, sondern allenfalls eine **Bühne** für Supermachtgerangel war, schien der Zusammenbruch des Sowjetblocks für ein paar Jahre eine neue Rolle auch für die UNO zur Folge zu haben, und Washington schien bereit, dies hinzunehmen. Die ganze Komplexität dieser neuen Weltsituation und die mangelnde Fähigkeit der Weltorganisation, damit immer fertig zu werden, hat dann zu erneuter Ernüchterung in den USA geführt.

Hat die "*Millennium Assembly*" der Vereinten Nationen vor wenigen Wochen dem Multilateralismus neue Dynamik verliehen?

Die "*Millennium Declaration*" vom 6. September 2000 lässt Hoffnung keimen, und vielleicht sollte man generell sagen: Das Prinzip Hoffnung gilt in besonderem Masse für den Multilateralismus. Es handelt sich schliesslich um ein recht junges politisches Phänomen im Zusammenleben der Staaten. 50 Jahre sind in historischen Kategorien ja nur ein Augenblick. Unrealistische Erwartungen sind also nicht empfehlenswert. Aber: es kann nur besser werden.

Also, die Millennium Declaration ist, gemessen an der Bedeutung des Dokuments, angenehm kurz. Sie bekräftigt die Kernaufgaben des VN-Systems, ohne der Organisation neue Lasten aufzupacken. Dabei betont sie, meines Erachtens zu Recht, die hohe Priorität jener multilateraler Herausforderungen, die sich auf Entwicklung und Armutsbekämpfung richten. Sie schreibt gleichzeitig die **Verantwortung der Mitgliedstaaten** für das Funktionieren des VN-Apparats fest.

Die "Millennium Declaration" kann, ähnlich wie die KSZE-Schlussakte von 1975, zu einer Art Berufungsgrundlage für zukünftiges multilaterales Handeln werden. Ich bin gespannt, ob auch die Staaten der Dritten Welt ihr Verhalten gegenüber den Industriestaaten in der UNO als Folge dieser Millennium-Konferenz tendenziell verändern, weg von der Konfrontation zu mehr Kooperation. Es wäre sehr zu wünschen, dass diese Declaration sich als eine vertrauensbildende Massnahme zwischen Nord und Süd erweist und Langzeitwirkung entfaltet.

Bundeskanzler Schröder hat in seinem Redebeitrag in New York am 6. September 2000 gesagt:

"Die Vereinten Nationen sind keine anonyme Organisation. Die Vereinten Nationen, das sind wir alle. Jeder von uns kann und sollte seinen Beitrag zu einer handlungsfähigen Weltorganisation im 21. Jahrhundert leisten. Deutschland jedenfalls wird sich dieser Verantwortung nicht entziehen."

Und Bundesausserminister Fischer hat vor einer Konferenz der deutschen Botschafter im September von einem neuen "multilateralen Imperativ" gesprochen.

Für die unter uns, die in Sekretariaten von internationalen Organisationen tätig sind und deshalb auch über die **Rolle der Bediensteten im multilateralen Geschäft** nachdenken, will

ich noch UN-GS Kofi Annan mit einer klaren Absage an die hemmungslose Vertretung von Einzelinteressen zitieren:

"Above all, this means acknowledging that the Secretary-General's office will have the potential to advance the interests of all States only so long as it does not appear to serve the narrow interests of any one State or group of States. This is the precarious balance to which any Secretary-General owes his office, his strength, his effectiveness and his moral authority".

Karl Th. Paschke, Auswärtiges Amt, Berlin

Beurlaubt und vergessen: Wie einem deutschen VN-Mitarbeiter (P 5 = A 15) die Leerstellenanhebung von A 12 nach A 13 versagt wurde

Gemäß Ziffer II, Nr. 5, Abs. 1 der Entsendungsrichtlinien vom 15. August 1989 steht die Entsendung einer Beförderung des Beamten ("fiktive Nachzeichnung") nicht entgegen. Der Beamte darf insoweit gegenüber den im nationalen Dienst verbliebenen Beamten bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nicht benachteiligt werden. Dies bedeutet, daß sich der beurlaubte Beamte fiktiv auf einen ausgeschriebenen höherwertigen Dienstposten bewerben kann bzw. von seiner Heimatbehörde in den jeweiligen Bewerberkreis aufgenommen wird.

Die Nachzeichnung setzt voraus, daß der Beamte 1) für eine konkrete Position als bestgeeigneter Bewerber ausgewählt wurde und 2) die Erfordernis der Bewährung nach Paragraph 11 der Bundeslaufbahnverordnung (BLV) erfüllt. Die Bewährung kann laut BLV während der Beurlaubung für Tätigkeiten anerkannt werden, die nach Art und Schwierigkeit mindestens den Anforderungen des höherbewerteten Dienstpostens entsprechen.

Der zweite Gesichtspunkt scheint dabei eine eher untergeordnete Rolle zu spielen, zumindest im Falle unseres Kollegen Manfred Schmidt, der bereits seit 1994 als P 5 bei UNICEF in Kopenhagen arbeitet. Herr Schmidt hatte im deutschen öffentlichen Dienst zuletzt im gehobenen Dienst gearbeitet und eine Leerstellenhebung bzw. Nachzeichnung zum Regierungsoberamtsrat (A 13) beantragt. Ein bescheidenes Ansinnen, wenn man bedenkt, daß sein VN-Dienstgrad P5 nach einer vom Bundesministerium des Inneren erstellten Vergleichstabelle A 15 im deutschen öffentlichen Dienst entspricht.

Sein Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß allein die Tatsache, daß er höherwertige Aufgaben bei den Vereinten Nationen wahrnehme, noch keinen Anspruch auf Beförderung ergebe. Es folgt ein Hinweis auf einen Erlaß des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg-P I 3 (9) - Az 17-05-00 vom 22.09.1983) sowie ein Urteil der 9. Kammer des Verwaltungsgerichts Koblenz (Az: 9 K 1231/99.KO), die aus der Sicht der Heimatbehörde von Herrn Schmidt bestätigen, daß ein "Beförderungsdienstposten" in Ausland allein kein Grund dafür sei, national mit einer Beförderung "nachzuziehen".

Das Schreiben endet mit den Worten: "Ich hoffe, Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben". Herrn Schmidt ist mit dieser Entscheidung sicher nicht gedient. Wir nehmen seinen

Fall auf, weil es wohl ähnlich gelagerte, wenn auch weniger extreme Probleme dieser Art im Kreise unserer Mitglieder gibt. Solche Entscheidungen dienen sicher nicht einer Verbesserung der deutschen personellen Repräsentanz in den internationalen Organisationen. Denn wer will schon nach draußen, wenn er zu Hause völlig vergessen wird...

Wir wären unseren Mitgliedern für Hinweise zu ähnlichen Fällen dankbar, damit wir das Problem den zuständigen deutschen Stellen "gebündelt" und empirisch belegt vortragen können.

Aus der Presse:

Berlin will die "deutsche Delle" ausbügeln

Die Bundesrepublik ist in Internationalen Organisationen oft schlechter repräsentiert als Partner wie England oder Frankreich. Neue Anreize für deutsche Beamte sollen nun Abhilfe schaffen. Zudem sollen bis Jahresende die Weichen für die Modernisierung des Auswärtigen Dienstes gestellt werden.

Bei den Dienststellen der Europäischen Union in Brüssel ist das Phänomen als "deutsche Delle" bekannt: In den Büros der Kommission oder beim Sekretariat des Rates sitzen, gemessen an der Bevölkerungszahl, mehr und oft auch besser qualifizierte englische oder französische Beamte als solche aus der Bundesrepublik. Bei den Vereinten Nationen sieht das Bild nicht viel besser aus.

Die Bundesregierung will nun neue Anreize schaffen, um diesen Missstand zu beheben. Bislang konnte ein deutscher Beamter - anders als seine Kollegen aus England oder Frankreich - mit der Versetzung nach Brüssel, New York oder Wien in der Regel seine Karriere nicht befördern. In einer neuen Richtlinie, die zum 1. Dezember in Kraft treten soll und die dem Handelsblatt vorliegt, heisst es nun: "Bei der Entscheidung über eine Beförderung des Beamten ist eine erfolgreich absolvierte Tätigkeit in Internationalen Organisationen in besonderem Masse zu berücksichtigen." Bei gleicher Qualifikation bedeute ein internationaler Einsatz ein zusätzliches Qualitätsmerkmal. Auch Fragen der Sozialversicherung, für viele Beamte ebenfalls ein Hindernis auf dem Weg zu UNO oder EU, sollen geklärt werden.

Das wird das Problem nach Einschätzung der Bundesregierung nicht aus der Welt schaffen, aber mildern. Deutsche Bewerber seien auch dadurch benachteiligt, dass sie ihr Studium später als ihre Kollegen aus anderen westlichen Ländern abschliessen. Zudem werde bei den Ausschreibungen in der Regel das angelsächsische oder französische Studienmodell zu Grunde gelegt, so dass Deutsche sich oft trotz höherer Qualifikation für niedrig besoldete Stellen bewerben müssen. Daher drängt die Bundesregierung auch auf eine Änderung des Bewerbungsverfahrens.

Bis zum Jahresende sollen weitere wichtige Entscheidungen über die Modernisierung des Auswärtigen Dienstes, die Bundesaussenminister Joschka Fischer bei der Botschafterkonferenz im September angekündigt hatte, gefällt werden. Dazu gehört die Öffnung des Dienstes nach aussen. So sollen sowohl Beamte für einige Zeit in die Wirtschaft

geschickt werden - etwa als Vorstandsassistenten in internationalen Unternehmen - als auch Manager vorübergehend im Auswärtigen Dienst mitarbeiten.

" Wir müssen die aussenpolitischen Akteure, seien sie aus der Wirtschaft, politischen Stiftungen oder Nichtregierungsorganisationen, stärker mit uns vernetzen", sagt der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gunter Pleuger. "Wir wollen künftig auch versuchen, die Leute von Beginn an entsprechend ihren Fähigkeiten zu steuern. Eine Personalentwicklungspolitik hat es bislang ja nicht gegeben." Nach zwölf Dienstjahren soll künftig in einem "mid-career"-Gespräch abgeklärt werden, ob der Karrierewunsch des Mitarbeiters realistisch ist. "Es ist besser, mit den Leuten offen zu reden, als sie auf einen Posten hoffen zu lassen, den sie nicht bekommen werden", sagt Pleuger.

Um den Dienst für qualifizierte Bewerber attraktiver zu machen, soll künftig auch die Beförderung nach Leistung leichter möglich sein. Mit dem 1. August kommenden Jahres soll es erstmals einen einheitlichen Versetzungstermin für alle Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes geben. Damit gäbe es grössere Chancen, die Bewerber sinnvoll auf die nun auf einen Schlag frei werdenden Posten zu verteilen.

Um einen weiteren Stellenabbau aufzufangen, soll die innere Organisation des Amtes reformiert werden. So sollen die Fachabteilungen - unter anderem Recht, Wirtschaft und Kultur - Zuständigkeiten von den nach regionalen Kriterien gegliederten Abteilungen übernehmen. Auch ein Abbau von Hierarchien ist geplant. Vorlagen sollen demnächst vom Referenten direkt zum Staatssekretär und zum Minister geleitet werden. Unterabteilungsleiter und Abteilungsleiter werden lediglich informiert. "Es kann nicht sein, dass viele Vorlagen noch immer vier oder fünf Stufen durchlaufen", sagt Pleuger.

Entlastung bringen soll auch eine Straffung der Verwaltung. Dazu gehört zum Beispiel der Plan, für Umzüge, die jährlich etwa ein Drittel der Mitarbeiter betreffen, Pauschalbeträge zu gewähren. Derzeit sind allein mit der Abwicklung der Umzüge 29 Oberamtsräte beschäftigt. Um das System zu ändern, müssten allerdings der Haushaltsausschuss und der Finanzminister zustimmen. Dessen Einwilligung ist auch für das Vorhaben nötig, die Auszahlung der Bezüge an die Finanzverwaltung zu übergeben. Das freiwerdende Personal kann das Auswärtige Amt gut gebrauchen. 20 Auslandsvertretungen mussten allein in diesem Jahr wegen Geldmangels geschlossen werden.

HANDELSBLATT, 20.11.2000

MITGLIEDSBEITRAG 2001

Wie üblich zum Jahresanfang möchten wir Sie über die Mitgliedsbeiträge informieren, die auch im neuen Jahr unverändert bleiben.

- Der Mitgliedsbeitrag bei Zahlung auf eines der Schweizer Konten beläuft sich auf :
SFR 85.- (für P3 oder höher)
SFR 55.- (General Service und P1/P2)

SFR 48.- (VN-Pensionäre und ehemalige internationale Bedienstete)

- Für Zahlungen auf das Postscheckkonto Nr.628.175.601 BLZ 500 100 60 bei der Postbank in Frankfurt hat der Vorstand auf seiner Sitzung vom 9. Januar 2001 die Mitgliedsbeiträge in EURO, auf der Grundlage des zu diesem Zeitpunkt massgebenden Wechselkurses zum Schweizer Franken, für das Geschäftsjahr 2001 wie folgt festgesetzt (abgerundet):

EURO 55.- (für P3 oder höher)

EURO 35.- (General Service und P1/P2)

EURO 30.- (VN-Pensionäre und ehemalige internationale Bedienstete)

- Für Mitglieder der Arbeitskreise New York und Washington, die ihren Mitgliedsbeitrag nicht unmittelbar in die Schweiz oder nach Deutschland überweisen, hat der Vorstand in der o.g. Sitzung die Beiträge ausserdem in US\$ wie folgt neu festgesetzt:

US\$ 55.- (für P3 oder höher)

US\$ 35.- (General Service und P1/P2)

US\$ 30.- (VN-Pensionäre und ehemalige internationale Bedienstete)]

Liebe Mitglieder, wie schon für das letzte Jahr festgestellt, ist das derzeitige System des Beitragseinzugs über die Arbeitskreissprecher mit Problemen verbunden, die dazu führen, dass die Beiträge verspätet oder gar nicht überwiesen werden. Wie die Beispiele Deutschlands und der Schweiz zeigen, wo die Mitglieder ihren Beitrag individuell und direkt auf das Verbandskonto überweisen, ist diese Lösung für die Mitglieder offensichtlich die einfachere.

Deshalb möchten wir diese Form der Überweisung soweit wie möglich generalisieren und die Mitglieder der anderen Arbeitskreise bitten, soweit sie noch ein Konto in Deutschland haben, ihren Beitrag direkt zu überweisen und die diesem Rundbrief beiliegende Zahlkarte für diesen Zweck zu benutzen. Falls einige Arbeitskreise das alte System beibehalten wollen, möchten sie uns dies bitte explizit mitteilen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass noch zahlreiche Beiträge für 2000 (und sogar die Vorjahre) ausstehen. Wir möchten Sie, liebe Mitglieder, daher bitten, diese Aussenstände gleich mit zu überweisen. Nur so können wir unsere Aufgaben in vollem Umfang wahrnehmen.

Der Vorstand